

19. Oktober 1965: Fraktionssitzung

ADL, Bestand Wolfgang Mischnick, A40-765. Überschrift: »Kurzprotokoll der Fraktionssitzung am 19. Oktober 1965, Bonn, Bundeshaus«. Zeit: 11.40–13.30 Uhr. Vorsitz: keine Angabe. Anwesende Fraktionsmitglieder: keine Angabe.

Sitzungsverlauf:

- A. Geschäftliche Mitteilungen (u.a. Umsatzsteuerreform, Einsetzung einer Sparkommission).
- B. Bericht über die Koalitionsverhandlungen.
- C. Verschiedenes.

[A.]

Der **Parteivorsitzende** eröffnet die erste Sitzung der Bundestagsfraktion der FDP im 5. Deutschen Bundestag.¹ Er schlägt vor, daß der bisherige Fraktionsvorstand bis zu den Neuwahlen des Fraktionsvorstandes die Geschäfte kommissarisch verwaltet.

Er stellt Einverständnis der Fraktion fest und gibt daraufhin den Vorsitz an Herrn *von Kühlmann-Stumm* ab.

Herr **von Kühlmann-Stumm** begrüßt die neue Fraktion und insbesondere namentlich die neuen Abgeordneten. Er schlägt die Übernahme der Geschäftsordnung der Fraktion des 4. Deutschen Bundestages für die neue Legislaturperiode vor.²

Dr. **Menne** bittet darum, daß die Geschäftsordnung zunächst jedem Abgeordneten zugeleitet wird. Die endgültige Beschlußfassung soll in der Fraktionssitzung stattfinden, in der der Fraktionsvorstand gewählt wird.

Von Kühlmann-Stumm stellt Einverständnis der Fraktion fest, so zu verfahren. Er stellt weiter Einverständnis fest, die Fraktionsvorstandswahl auf Dienstag, den 9.11.1965, 16.00 Uhr, festzulegen.³ Die Fraktion erklärt sich weiter einverstanden, noch in diesem Jahr eine Fraktionssitzung in Berlin abzuhalten.

Er befragt die Fraktion, ob unverzüglich die Frage der Umsatzsteuerreform als Initiative eingebracht werden soll.

Dr. **Starke** erhebt hiergegen Bedenken. In weiten Kreisen unserer Wähler sei die Frage der Umsatzsteuerreform umstritten. Man solle die Beratungen darüber zwar aufnehmen, sich aber nicht mit dem vorliegenden Entwurf identifizieren.

Dr. **Bucher**: Herr *Barzel*⁴ hat vorgeschlagen, den Entwurf der Strafrechtsreform interfraktionell (zusammen mit der SPD) schon in der nächsten Woche einzubringen. Wir müßten hierzu erklären, daß es sich bei der Einbringung um einen lediglich formalen Akt handle, daß wir uns aber mit dem Gesamtinhalt des Entwurfs nicht identifizierten.

Dr. **Diemer-Nicolaus**: Die Arbeitskreise sollen sich mit der Frage befassen, was eingebracht werden soll.

¹ Bei den Bundestagswahlen am 19. September 1965 erhielten CDU/CSU 47,6 % (Mandate: 245), SPD 39,3 % (202) und FDP 9,5 % (49) der abgegebenen Stimmen. Vgl. RITTER/NIEHUSS, Wahlen in Deutschland, S. 101.

² Zur Geschäftsordnung der Fraktion in der Fassung vom 1. Oktober 1962 vgl. ADL, Bestand Wolfgang Mischnick, A40-563.

³ Vgl. das Sitzungsprotokoll.

⁴ Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion.

Von Kühlmann-Stumm: Der zuständige Arbeitskreis soll bis zum nächsten Dienstag (26.10.) eine Entscheidung über die Frage eines interfraktionellen Einbringens eines Entwurfs für die Umsatzsteuerreform treffen.⁵

Funcke: *Schmidt* (Wuppertal)⁶ hat wegen eines interfraktionellen Einbringens der Umsatzsteuerreform alle Fraktionen angesprochen.

Von Kühlmann-Stumm schlägt als Vorsitzenden der Sparkommission Dr. *Emde* vor.

Ertl stellt die Frage nach der Aufgabe der Sparkommission.

Von Kühlmann-Stumm: Es sollen Streichungsvorschläge zum Ausgleich des Haushalts 1966 erarbeitet werden. Für die Sparkommission soll jeder Arbeitskreis ein Mitglied benennen. Die Ergebnisse werden mit der CDU abgesprochen.

Ertl schlägt für die Kommission Dr. *Starke* vor.

Von Kühlmann-Stumm stellt Einverständnis fest. Die Arbeitskreise müssen weitere Vorschläge ausarbeiten. Zur Prüfung der Kasse vor der nächsten Fraktionsvorstandssitzung müssen zwei Kassenprüfer eingesetzt werden. Gegen die Benennung von Dr. *Rutschke* und Herrn *Ertl* erheben sich keine Widersprüche. Der Kassenprüfungsbericht soll am 9. November vorgelegt werden.

Mertes: Heute nachmittag wird der Bundestagspräsident in geheimer Wahl gewählt.⁷ Die Wahl der Vizepräsidenten erfolgt in gemeinsamer offener Wahl.⁸ Beim Ältestenrat stellt der Bundestag lediglich die Zahl fest.⁹ Dr. *Rutschke* wird zur vorläufigen Wahl als Schriftführer vorgeschlagen.¹⁰

Von Kühlmann-Stumm: Der heutige Präsenztage ist mit Namensaufruf in der Wahl erledigt. Eine Listeneintragung ist nicht notwendig.

[B.]

Dr. **Mende** berichtet über die Koalitionsverhandlungen. Der Partei- und der Fraktionsvorsitzende waren gestern nachmittag um 16.00 Uhr beim Bundespräsidenten. Dieser bat um Darstellung der Lage aus der Sicht der FDP. Eine Würdigung unserer Argumente hat er nicht vorgenommen. Die Streitfragen zwischen den Verhandlungsdelegationen und dem Bundeskanzler seien nicht seine, sondern des Bundeskanzlers Angelegenheiten. Er hoffe aber auf Einigung. Er wies auf den Ernst der außenpolitischen Situation hin und darauf, daß für die Zukunft mit einem härteren Kurs der UdSSR zu rechnen sei. Deshalb trage auch die Opposition ein gewisses Maß an Verantwortung. Sie solle von den Entscheidungen nicht ausgeschlossen sein. Er fragte in diesem Zusammenhang nach unserem Verhältnis zur SPD. Wir antworteten: Es sei die Aufgabe der Opposition selbstverständlich staatspolitischer Natur. Im übrigen sei es bis heute nicht sicher, ob wir nicht selbst in die Opposition geraten würden. In drei Bundesländern bestehe eine FDP/SPD-Koalition.¹¹ Daraus habe sich eine staatspolitische Brückenfunktion, eine Klammer zwischen den Fraktionen, herausgebildet. Wir wünschen ebenfalls eine Mitbeteiligung

⁵ Vgl. die Fraktionssitzung am 26. Oktober 1965, SVP B.

⁶ MdB (CDU).

⁷ Eugen *Gerstenmaier* wurde als Bundestagspräsident wiedergewählt. Vgl. BT Plenarprotokoll 05/01, S. 1-4.

⁸ Zu Stellvertretern des Bundestagspräsidenten wurden Carlo *Schmid* (SPD), Erwin *Schoettle* (SPD), Richard *Jaeger* (CSU) und Thomas *Dehler* gewählt. Vgl. ebd., S. 4f.

⁹ Zur Beschlussfassung über die Zusammensetzung des Ältestenrates vgl. ebd., S. 5; BT Drs. 05/1 vom 19. Oktober 1965.

¹⁰ Vgl. BT Plenarprotokoll 05/1, S. 1.

¹¹ Hamburg, Bremen und Berlin.

der Opposition in wesentlichen Staatsfragen. Das gesamtdeutsche Ministerium hat zum Regierenden Bürgermeister von Berlin ein gutes Verhältnis entwickelt. Darüber hinaus besteht eine besondere Verbindung durch den Amtssitz des gesamtdeutschen Ministers in Berlin. *Lübke* begrüßte diese Erklärung. Er kam darauf zu sprechen, daß allgemeinpolitische Fragen in Zukunft bei ihrer Lösung Schwierigkeiten bereiten würden. Er wies in diesem Zusammenhang noch einmal auf die zu erwartende Verhärtung der Haltung der UdSSR in der Berlin-Frage, die derzeitigen Manöver in der SBZ mit Stoßrichtung auf Hessen etc. hin. Das Gespräch nahm ca. eine Stunde in Anspruch.

Um 18.00 Uhr trafen sich die vollzähligen Verhandlungsdelegationen beim Bundeskanzler. Erstmals war Herr *Gerstenmaier* anwesend. Der Bundeskanzler bat Herrn *Barzel*, die Verhandlungen einzuleiten. Dieser begann, daß er mit großer Mehrheit zum Fraktionsvorsitzenden und Herr *Strauß* zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt worden sei. Er sei damit befugt, namens seiner Fraktion zu sprechen. Er beschwor den Geist der Koalition für die heutige Wahl des Bundestagspräsidenten, die Abstimmung über die Fraktionsgemeinschaft der CDU/CSU und die Wahl des Bundeskanzlers. Er habe gehört, die FDP wolle einer Fraktionsgemeinschaft nicht zustimmen. Er wies auf die historische Entwicklung bei der Abfassung des §10 der Geschäftsordnung des Bundestages¹² hin und darauf, daß seinerzeit eine gezielte Fassung gewählt worden sei, um heterogene Fraktionsgebilde von radikaler Seite zu vermeiden. Dieser Ansicht haben wir zugestimmt. Wir stellten aber fest, daß wir die Frage einer Fraktionsgemeinschaft unter dem Gesichtspunkt der Partnerschaft sähen. Die Frage der Wahl Carlo *Schmids* zum Bundestagspräsidenten sei in unserer Fraktion nicht erörtert worden. *Zoglmann* habe aber einen Freundschaftsdienst zu erfüllen gehabt, Herrn *Gerstenmaier* darauf hinzuweisen, daß er das erste unschuldige Opfer einer nicht zustande kommenden Koalition zwischen FDP und CDU/CSU sein könne. Werde hier im Geiste der Partnerschaft in sachlichen und personellen Fragen eine Einigung erzielt, dann sei es selbstverständlich für die FDP-Fraktion, der Fraktionsgemeinschaft zuzustimmen und den Vorschlägen der CDU/CSU für die Wahl des Bundestagspräsidenten und Bundeskanzlers. Im übrigen dürfe die Diskussion nicht losgelöst von dem Bemühen betrachtet werden, FDP-Leute herauszuberechnen. Die FDP-Fraktion fühle sich von einem solchen Vorgehen beleidigt. Wir seien uns einig, daß sich Verrat nicht auszahle. *Strauß* erklärte daraufhin, er habe im Falle *Stammberger* schon vor uns gewußt, daß er ein Verräter sei. Der Bundeskanzler erklärte, er habe solches Taktieren von vornherein zurückgewiesen. *Gerstenmaier* gab zu, den Gedanken an eine große Koalition erwogen zu haben. Die Wählerentscheidung aber sei plebiszitär für den Bundeskanzler und die jetzige Koalition. Daraufhin ging der Bundeskanzler unvermittelt zu Sachfragen über. Er erklärte wörtlich: »Ich biete Ihnen das gesamtdeutsche Ministerium plus minus Null, einschließlich des Vizekanzlers an.« Er bat lediglich, die Besetzung des Staatssekretärs einvernehmlich vorzunehmen. Dr. *Mende* bat daraufhin um Klärung der Frage, ob Herr *Krautwig*¹³ Berlin-Bevollmächtigter werden solle, weil er sonst gerne an ihm festhalten würde, oder ob Herr *Thedieck*¹⁴ wiederkommen solle. Daraufhin entstand Gelächter. Der Bundeskanzler erklärte, das Recht der Auswahl liege selbstverständlich beim Minister. Wir bedauerten, daß die Erklärung über die Besetzung des gesamtdeutschen Ministeriums erst heute erfolge. *Strauß* erregte sich und warf dem Bundeskanzler vor, er handle

¹² §10 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages betraf die Bildung der Fraktionen. Vgl. BGBl. 1952, II, Nr. 5, S. 389–402, hier S. 390.

¹³ Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen.

¹⁴ 1949–1964 Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen.

schmählich, indem er das gesamtdeutsche Ministerium ohne jede Einschränkung anbiete. Gestern Abend habe der Bundeskanzler noch versprochen, dies nicht zu tun. Daraufhin wurden die Verhandlungen unterbrochen. Es fand ein Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und Herrn *Strauß* statt. Nach Wiedereintritt in die Verhandlung blieb es beim Angebot des gesamtdeutschen Ministeriums ohne Einschränkung und des Vizekanzleramts. Als zweites Ministerium wurde uns das Finanzministerium zugesagt, darüber hinaus zwei weitere Ministerien. Wahrscheinlich wird es sich um die bisher besetzten handeln. Der Bundeskanzler bat aber um Verständnis, daß er das Gesamttableau noch nicht vorlegen könne. Dies liege noch nicht fest, die CDU/CSU sei noch nicht so weit. *Barzel* bat ebenfalls um Verständnis für diesen Umstand. Herr *Gerstenmaier* legte dann den Entwurf eines Schlußkommuniqués vor. Wir verwiesen auf das alte Kommuniqué, unsere Bereitschaft zur Beilegung der Streitereien und die Rückziehung anhängiger Verfahren.

Zur Verbesserung des persönlichen Klimas solle öfter ein Treffen der Koalitionsspitzen stattfinden. Der Entwurf von *Gerstenmaier* sah die Namensnennung von *Strauß*, dessen Kabinettsfähigkeit und den Ausdruck der Rehabilitierung vor. Es kam zu sehr heftigen Zusammenstößen. Wir lehnten den Entwurf ab. Bei einem kleinen Imbiß wurde versucht, einen Ausweg zu finden. *Barzel* schlug vor, zu unterbrechen und heute Abend eine Erklärung abzugeben. Wir befürchteten, daß die Verzögerung auf unsere Kosten gehen könne, weshalb wir ablehnten und eine sofortige Erklärung verlangten. Es ist bemerkenswert, daß *Gerstenmaier* sich in fairer Weise ehrlich um Vermittlung bemühte. *Erhard* hatte offensichtlich eine Erklärung des Inhalts abgegeben, daß *Mende* gehen müsse, wenn *Schröder* in seinem Amt verbleibe. Der heutige Bericht in der »Bild«-Zeitung ist geradezu böseartig.¹⁵ In dieser Legislaturperiode sollte das Problem der Konzentration der Presse behandelt werden. Nachdem eine Formulierung für das Schlußkommuniqué gefunden war¹⁶, stieß *Barzel* mit uns auf die Fortsetzung der Koalition an. Er versicherte uns, nachdem wir erklärt hatten, *Strauß* und die FDP würden sich nicht in einem Kabinett befinden, daß unsere Parteitagebeschlüsse nicht beeinträchtigt würden. Dr. *Mende* fordert die Fraktion zur Billigung des gesamten Verhandlungsergebnisses auf.

Dr. Bucher: Die Ausfälle von Herrn *Strauß* richteten sich vor allem auch gegen den Bundeskanzler. Er warf diesem schmähliches Verhalten vor.

Dorn: Das Kommuniqué ist keine Ideallösung. Das Beste war aber eine schnellstmögliche Erledigung der Verhandlungen. Die Regierungsbildung wird über das Kommuniqué hinweggehen. Wir haben erreicht, was wir erreichen wollten.

Saam: Das Ergebnis ist befriedigend, das Kommuniqué nicht so schwerwiegend.

Schmidt: Haben wir die Garantie dafür, daß innerhalb der nächsten vier Jahre *Strauß* nicht in der Kabinettsliste erscheinen wird?

Dr. Mende: Ja, alles andere wäre Roßtäuscherei.

Schmidt: Fühlt sich auch *Strauß* durch die Vereinbarungen verpflichtet?

¹⁵ Vgl. den Artikel »Bonn: Das wird ein faules Ei!«; »Bild« vom 19. Oktober 1965, S. 1.

¹⁶ Vgl. dazu den Artikel »Noch einmal Schwierigkeiten vor der Kanzlerwahl«; »Frankfurter Allgemeine« vom 20. Oktober 1965, S. 1 und 4.

Dr. Mende: Die Vereinbarung geht dahin, alles zu unterlassen, was zur Herabsetzung des Partners geeignet ist. Ich habe in diesem Zusammenhang auf die Veröffentlichungen im »Bayern-Kurier« hingewiesen.¹⁷

Haas: Die bisherigen Verhandlungen haben Kritik an der FDP hervorgerufen. Ein Scheitern oder auch nur Verzögern der Verhandlungen wegen der Formulierung eines Schlußkommuniqué würde auf Verständnislosigkeit stoßen.

Moersch: Wird *Strauß* die Situation nicht zu unfairen Angriffen gegen uns ausnutzen?

Dr. Mende: Ich nehme an, daß die Springer-Presse morgen gegen uns sein wird. Die Ereignisse werden aber über die Berichterstattung hinweggehen. Er warnt davor, sich provozieren zu lassen, und verbürgt sich dafür, daß *Strauß* am Freitag nicht im Kabinett sein wird.

Dr. Achenbach: Wir sollten keine Erklärung abgeben, sondern lediglich auf das Kommuniqué verweisen und gleichzeitig bis Freitag abwarten, dabei eine saubere Haltung zum Grundsatz von Treu und Glauben einnehmen.

Dr. Mende: Es bleibt bei der Einstellung der eingeleiteten Verfahren.

Borm: Wir haben alle politischen Ziele erreicht.

Dr. Mende: Das Kommuniqué ist kein Freibrief für künftige Kapriolen.

Ollesch bittet darum, sich in Zukunft weniger mit Personen zu beschäftigen, um statt dessen die Person von *Dr. Mende* aufzubauen, damit man in vier Jahren über unsere Leute reden kann.

Scheel: Die glückliche Wendung ist Herrn *Gerstenmaier* zu verdanken. Dieser hatte mit allen CDU-Politikern gesprochen. Daraus erklärt sich auch sein Einsatz für seinen Kommuniqué-Entwurf.

Dr. Starke: Ich habe mich stets dagegen gewehrt, einen Parteivorsitzenden als nicht ministrabel zu bezeichnen. Wir haben uns damit selbst die Hände gebunden. Ich bin mit dem Erreichten sehr zufrieden. Es ist allerdings unmöglich, daß am Freitag die Minister der FDP zusammen mit *Strauß* ins Kabinett gehen.

Dr. Mende: Falls ich auf dem Weg zum Bundespräsidenten Herrn *Strauß* treffen sollte, bin ich vor meinem Gewissen und der Öffentlichkeit verpflichtet, um Entlassung aus dem Ernennungsvorgang zu bitten. Ich habe dies dem Bundeskanzler gesagt. Dieser hat mir erklärt, daß ich in diese Lage nicht kommen werde. Herr *Barzel* erklärte Herrn *von Kühlmann-Stumm* bei Geltendmachung derselben Bedenken, für was halten Sie uns. Wir kennen Ihren Parteitagsbeschuß und wissen um seine Bedeutung.

Moersch: Herr *Barzel* hat die Erklärung abgegeben, *Dr. Mende* habe völlig kapituliert. Dies muß richtig gestellt werden, indem ein Gespräch mit Kommentatoren geführt wird.

Dr. Mende: Die CDU hat unsere Überzeugung voll übernommen. Sie hat uns im Wahlkampf in die falsche Richtung gedrängt.

Ertl: Der »General-Anzeiger« berichtet von einem Einschwenken *Dr. Mendes* auf die Vorstellungen der CDU und von einem Verstoß gegen die FDP-Parteitagsbeschlüsse;¹⁸

¹⁷ Vgl. die Artikel »Union regiert weiter. Votum für die CSU in Bayern«; »Bayern-Kurier« vom 25. September 1965, S. 1; »Ost- und Deutschlandpolitik im Mittelpunkt«; »Bayern-Kurier« vom 9. Oktober 1965, S. 1.

¹⁸ Nach dem Bericht des »General-Anzeigers« soll *Barzel* in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion erklärt haben, dass *Mende* in der Deutschlandpolitik eine Kursschwenkung vollzogen habe. »Zur Bildung gesamtdeutscher technischer Kommissionen dürfe es nur im ausdrücklichen Auftrage der vier Siegermächte und im Rahmen eines Verfahrens zur Wiedervereinigung kommen. Diese Erklärungen *Mendes*, sagte *Barzel*, unterschieden sich wesentlich von den Äußerungen auf dem letzten FDP-

um draußen unsere Haltung deutlich zu machen, muß heute aus der Fraktion heraus eine Stellungnahme zu unserer Haltung in der Deutschlandpolitik erfolgen. Der Schlußsatz des Kommuniqués ist bereits durch die Erklärung von Herrn *Barzel* überholt.

Schultz: Die Lösung dieser Frage erfolgt am zweckmäßigsten in der Debatte über die Regierungserklärung. Hier können wir unsere Auffassung darlegen. Heute soll lediglich gesagt werden, daß wir das Ergebnis der Verhandlungskommission gebilligt hätten. Die angefertigten Protokolle sollen verglichen werden. Aus ihnen soll eine Darstellung der Sachprobleme angefertigt werden, die jedem Abgeordneten zur Verfügung gestellt wird.

Dr. Mende: Das hatten wir ohnehin vor.

Zoglmann: Die Verhandlungen haben gezeigt, daß der Bundeskanzler kein politisches Fingerspitzengefühl hat. *Adenauer* hat klar erkannt, daß die große Koalition ohne eine bestehende Alternative, mit der FDP zu koalieren, für die CDU/CSU politische Verluste eingebracht hätte. Wir müssen sagen, »die Streitigkeiten werden für beendet erklärt«, da die Auseinandersetzungen tatsächlich beendet sind, nachdem gemäß der Wahlforderung der FDP *Strauß* nicht im Kabinett ist. Mit Ausnahme des gesamtdeutschen Ministeriums befinden wir uns bei der Frage der Besetzung anderer Ministerien im Nebel. Was tun wir, wenn übermorgen die Kabinettsliste nicht unseren Vorstellungen oder nur im Falle Dr. *Mendes* unseren Vorstellungen entspricht.

Dr. Mende: Wir sollten hier erst einmal abschließen. Die Zeitungen können von einem Unfall nicht sprechen.

Von Kühlmann-Stumm verliest den Entwurf eines Kommuniqués über die heutige Sitzung und stellt einmütige Billigung des Kommuniqués und des Verhandlungsergebnisses fest.¹⁹

Moersch beantragt die Durchführung von Informationsgesprächen mit Journalisten durch die Herren *Genscher* und *Mischnick*.

Dr. Mende: Die Fakten werden entscheiden und nicht die Interpretationen. Ich werde einen ersten Strafantrag gegen einen Journalisten stellen wegen unsachgemäßer Darstellung von Passierscheingesprächen. In der Regierungserklärung wird unsere Auffassung zur Deutschland-Politik abgegeben werden.²⁰ Hintergrundgespräche sind geeignet, die Atmosphäre erneut zu vergiften. Ich habe den Journalisten erklärt, bei den abgeschlossenen Verhandlungen gäbe es keine Sieger und keine Besiegten. Wir hätten statt dessen versucht, ein Partnerschaftsverhältnis zu schaffen.

Moersch: Bei der CDU/CSU nehmen an den Fraktionssitzungen Journalisten teil, woraus sich bestimmte Darstellungen ergeben. Aus diesem Grunde müssen wir bei unseren Freunden die Dinge klarstellen.

Von Kühlmann-Stumm: Journalisten, die der FDP nahestehen, sollen unterrichtet werden.

Parteitag in Frankfurt, die in der CDU/CSU starkes Mißtrauen erregt hatten.« Vgl. den Artikel »Koalition wird fortgesetzt«; »General-Anzeiger« vom 19. Oktober 1965, S. 1. Zur Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 18. Oktober 1965 vgl. CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION 1961–1966, Bd. 3, Dok. 316, hier S. 1577.

¹⁹ Vgl. die Meldung des »fdk«-Tagesdienstes vom 19. Oktober 1965 »Einmütige Billigung des Verhandlungsergebnisses«; »fdk« vom 26. Oktober 1965, Anhang, S. 1.

²⁰ Zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 10. November 1965 vgl. BT Plenarprotokoll 05/4, S. 17–33.

Mischnick: Diese kommen von selbst, wir werden ihnen dabei Hinweise für ihre Unterlagen durch Hintergrundgespräche geben.

Rutschke: Wann erscheint die Kabinettliste?

Von Kühlmann-Stumm: Wir werden vor der Kanzlerwahl informiert.²¹

Dr. Mende: Ich schlage als Bundestagsvizepräsidenten Herrn Dr. *Dehler* vor.

Von Kühlmann-Stumm stellt Einmütigkeit der Fraktion fest.

Mertes: Bei der Abstimmung der Frage über die Bildung einer Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU wird es zu einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte kommen, bei der die CDU und SPD Erklärungen abzugeben beabsichtigen.²² Wir sollen uns einer solchen Erklärung enthalten.

Von Kühlmann-Stumm: Die Fraktion ist einhelliger Auffassung.

Spitzmüller: Es ist notwendig, für die kommenden vier Jahre die bestehende Geschlossenheit zu bewahren. Er bittet deshalb dringend, daß alle Fraktionsmitglieder Herrn *Gerstenmaier* wählen, um diese Geschlossenheit zu demonstrieren.

Schmidt: Sind die Kompetenzfragen beim Forschungsministerium besprochen?

Von Kühlmann-Stumm: Dies wurde bei den Sachfragen angeschnitten.

Moersch: Die Gespräche mit der Presse soll ein Mitglied der Verhandlungsdelegation führen.

Mischnick: Ich bin hierzu ebenso wie Herr *von Kühlmann-Stumm* bereit.

Genscher: Gestern abend hat sich die Presse vor dem Bundeskanzleramt eingefunden; Herr *Feuerherdt*²³ hat dort agiert. Das gleiche Verfahren sollten wir wieder einschlagen. Keinesfalls sollte eine Pressekonferenz abgehalten werden. Wir sprechen unsere Leute direkt an.

Borm: Wer wird gegebenenfalls für das Wissenschaftsministerium benannt?

Von Kühlmann-Stumm: Dr. *Bucher*. Morgen um 14.00 Uhr findet eine Fraktionssitzung zur Vorbereitung der Kanzlerwahl statt.²⁴

[C.]

Mertes berichtet über das Ergebnis der Sitzung der Wohnungskommission. Es sei lediglich nach der Dauer der Bemühungen um eine Wohnung zu unterscheiden gewesen. Hier ständen sich als gleichberechtigte Bewerber um die Wohnung in der Saemischstraße die Herren Dr. *Hamm*, Dr. *Hellige*, *Dorn*, *Wächter* und *Ertl* gegenüber. Diese sollten die Wohnung unter sich auslosen. Falls diese Gruppe außerdem um die zweite Wohnung sich bewerbe, solle sie diese ebenfalls unter sich auslosen. Sollte dies nicht der Fall sein, soll das Los zwischen den Herren *Staratzke*, *Haas*, *Mühlhan*, *Wurbs* und *Saam* entscheiden.

Von Kühlmann-Stumm: Die Fraktion ist einverstanden, daß die Beteiligten die Verlosung zu Beginn der morgigen Fraktionssitzung vornehmen. Dies soll im Vorraum des Fraktionssitzungssaals geschehen. In der Einladung zur Fraktionssitzung soll dies erwähnt werden.

Schmidt: Wie stellt sich die Sparkommission zum Neubau des Bundestages?

²¹ Die Wahl des Bundeskanzlers fand am 20. Oktober 1965 statt. Vgl. BT Plenarprotokoll 05/2, S. 7f.

²² Eine Debatte fand nicht statt. Vgl. ebd. 05/1, S. 1.

²³ Pressesprecher der FDP-Bundestagsfraktion.

²⁴ Vgl. das Sitzungsprotokoll.

Von Kühmann-Stumm: Dr. *Emde* wird diese Frage prüfen und in der nächsten Woche hierüber Vortrag halten.